Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 53.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1458. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 70. Donnerstag, 22. März 1928, abends. **81. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zwangsweise verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 38. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das aufgescheuchte Bienennest.

Die arbeitsamen Genfer Bienen hatten bisher ein sehr geruhsames und beschauliches Leben. Sie fühlten sich wohl in der warmen Genfer Frühlingssonne, sie stachen nicht, weil keiner sie belästigte, sie summten und brummten nur eine ewige Melodie, die jeder kennt, die nichts will, höchstens einschläfern möchte, einlullen in eine Stimmung des Friedens und der Behaglichkeit. Mit brutaler Leichtfertigkeit hat nun der schwarze Mann aus dem russischen Steppenland, man erschaudere: ein Bolschewik, in dieses Bienennest hineingeschlagen. Er hat in dem hübsch verschlossenen Zimmer des Genfer Völkerbundshauses etwas gesagt, was zu sagen in diesen geheiligten Hallen ein Mensch sich noch niemals erlaubte. Hat von dem gesprochen, über das nach einem stillschweigenden Uebereinkommen nicht geredet werden sollte. Hat den Stier bei den Hörnern gefaßt, ist sachlich geworden, hat eine Rechnung präsentiert, die schon lange überfällig war und die man im Genfer Wohlleben schier vergessen hatte. Herr Litwinow, der Delegierte der Sowjetunion, hat sich benommen wie ein Hinterwäldler, wie der vielzitierte Elefant im Porzellanladen, wobei es allerdings um das zertrampelte Porzellan nicht schade ist. Eine seit Jahren von Frankreichs kunstfertigsten Diplomaten zu einer Meisterleistung gediehene Dialektik hat mit einer brüsken Frage, mit einer barbarischen Urwüchsigkeit, mit einer in Genf unerhörten Manierlosigkeit, Schroffheit, und, wie Paris jetzt behauptet, Arroganz, der Vertreter eines von der Mehrheit des Völkerbundes geächteten Staates zuschanden gemacht. Er hat es gewagt, weil eben die Abrüstung programmatische Substanz einer Völkerbundssatzung ist, weil eben seit einem Jahrzehnt um diese Abrüstung frohgemut diskutiert wurde, weil eben schließlich diese sogenannte vorbereitende Abrüstungskonferenz eine Tagesordnung enthält, die dem Sinn und dem Zweck dieser beschaulichen Kommission dienen soll, weil man eben die Russen zur Mitarbeit in diesen Ausschuß zitiert hatte — aus all diesen Gründen, Selbstverständlichkeiten und logischen Voraussetzungen hat er es also gewagt, vom Thema zu reden, vom eigentlichen Thema, von der selbstverständlichen Forderung, die die Weltöffentlichkeit auf Grund eines allbekannten Programms des Völkerbundes zu stellen berechtigt ist. Hat die Frage gestellt, wann nun endlich abgerüstet werden soll, wie und wie lange es dauern wird, bis diese Abrüstung durchgeführt ist. Um die russische Eignung zur Mitarbeit an diesem Problem nachzuweisen, hat er eine Anzahl von Vorschlägen der geehrten Versammlung übermittelt, die jetzt besprochen werden müssen, weil sich dies geschäftsordnungsmäßig nicht vermeiden läßt.

Mit der Ruhe im Genfer Bienenhaus ist es vorüber. Man hat den Feind erkannt, den wilden Mann, der alles zertrampeln möchte was Siegesdiktat und Siegerweisheit für beständig erklärten. Herrn Paul Boncour, Frankreichs gerissensten Dialektiker, hat es die Sprache verschlagen. Und seinem Ersatzmann, Herrn Jouhaux, hat es auch die Sprache verschlagen. So versuchte Graf Clauzel sein Glück, seine Dialektik, seine Gerissenheit, sein Mittelchen, den bösen Schlag zu parieren. Das Mittelchen des französischen Grafen war recht schlicht, recht kennzeichnend. Es war ein bedauerndes Achselzucken, eine liebenswürdige Verbeugung, eine kurze Erklärung, daß man alle diese russischen Fragen nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten könne. Sprach die Erklärung und setzte sich. Die übrigen tausend Sätze, die Graf Clauzel vergessen hatte zu sprechen, holten dann die Pariser Gazetten gründlich nach: „Extravagante bolschewistische Thesen", „Gefahr für den Frieden", „Arroganz" usw. Damit war die Weisheit Frankreichs zu Ende, eine Weisheit, der General de Marini, Italiens Vertreter, nichts weiteres beizusteuern wußte.

Aber ein britischer Löwe forcht sich nicht. Lord Cushendun, vorgeschickt, zeigt sich der heiklen Situation gewachsen. Die beste Parade ist der Angriff, sagt er sich und fand infolgedessen die entsprechende Antwort. Eine Antwort, die sich mit den russischen Vorschlägen nicht befaßt, aber den Russen die Meinung sagt. Was sie sind nach englischer Ansicht, nämlich Spötter des Völkerbundgedankens, Prediger des Aufruhrs, Demaskierer der kapitalistischen Staaten, Heuchler. Und wenn die Abrüstung, die England so aus ganzem Herzen ersehne, noch nicht Wirklichkeit geworden wäre, dann eben nur, weil Rußland selbst das größte Hindernis sei. Wenn der wackere Lord Cushendun sich schließlich dennoch dazu entschloß, der russischen Forderungen Erwähnung zu tun, so galt dies nur der Feststellung, daß sie zunächst einmal den Regierungen zur Stellungnahme zugeleitet werden müßten, „was ein paar Monate Zeit beanspruche". Ein paar Monate Zeit! Die Antwort war kaschiert. Aber man erkennt sie doch. Ein paar Monate Zeit, das bedeutet Vertagung, das bedeutet das alte Spiel, das bedeutet die feierliche Rückkehr zur Dialektik der letzten Jahre, das bedeutet, daß es Masken gibt, die auch der brutalste Griff eines Bolschewiken nicht entfernen kann.

Es werden nach Lord Cushendun und dem Japaner Sato jetzt noch die anderen Meinungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu Worte kommen. Was sie noch zu sagen haben, ist irrelevant. Denn Paris hat die Achsel gezuckt. Denn England ist mit dieser Sache schon fertig. Man wird vielleicht der deutschen Delegation noch einige Vorhaltungen machen, weil sie sich unterstand, eine selbstverständliche Forderung für richtig zu befinden. Man wird im übrigen auch in der französischen Genfer Vertretung bald die Sprache wiederfinden. Und dann wird man zu hören bekommen, was es auf sich hat, wenn man Völkerbundsmitglied ist und eine Sprache führt, die diesem Völkerbund sein satzungsgemäßes Recht geben will. Den deutschen Chronisten dieser seltsamen Geschehnisse in Genf bleibt im übrigen nichts weiteres übrig, als sich in ihre eigenen Federn zu stürzen.

Stresemann über die Bedeutung der Neuwahlen.

Eine Rede Dr. Stresemanns auf dem Empfangsabend des Verbandes der Auswärtigen Presse.

* Berlin. (Tel.) Auf dem gestrigen Empfangsabend des Berliner Verbandes der Auswärtigen Presse und der Zeitungsverlage, die durch die Mitglieder dieses Verbandes in der Reichshauptstadt journalistisch vertreten werden, ergriff auch **Reichsminister Dr. Stresemann** das Wort.

Er betonte eingangs, daß es nicht seine Absicht sei, heute eine große politische Rede zu halten, da dafür noch Zeit während des Wahlkampfes nach Ostern sei. Er dankte zunächst den Gastgebern und hob sodann hervor, daß der im politischen Leben Stehende mehr Geselligkeit und weniger gesellschaftliche Veranstaltungen brauche, um Zeit zu haben, die Politik zu übernehmen, die er fortwährend vertreten solle. Man brauche jene feine Geselligkeit, die im kleinen Kreise einmal Probleme erörtere und den Menschen kennen lerne, nicht nur Tausende von Menschen, die an dem Auge des viel beschäftigten Politikers vorüberzögen.

Dr. Stresemann kam sodann im weiteren Verlauf seiner Rede auf die

Bedeutung der Neuwahlen

zu sprechen, über deren Verdienst gestritten werde. **Es könne** niemand bezweifeln, daß diese Wahlen von großer Wichtigkeit seien nach außen und innen und für die Richtung der europäischen Außenpolitik. **Stresemann wünschte sodann den Wahlkampf auf ein Minimum an Zeit zu beschränken. Er sehe nicht ein, so führte er weiter aus, was dieses Volk, das doch jeden Tag mehrmals erführe, was in der Welt vorgehe, für ein Interesse an einem langen Wahlkampf habe.** Er glaube, die Presse werde etwas Gutes tun, wenn sie dafür eintrete, daß wie in anderen Ländern in 14 Tagen bis drei Wochen das Volk entscheiden werde über Dinge, über die es informiert sei. Wenn nämlich später die Leute sähen, daß die Menschen, die sich so heftig bekämpften, sich im Innern gar nicht so fern stünden, dann würde die Zahl der Nichtwähler noch vermehrt werden. Die heutige Entwicklung des politischen Lebens und die Situation, in der wir nach der Verfassung uns befinden und auf unabsehbare Zeit stehen würden, habe den Parteien eine ganz andere Bedeutung und einen ganz anderen Einfluß gegeben, als es früher der Fall gewesen sei. **Die Parteien seien Mitregierende geworden.** Er möchte durchaus die Grenze gewahrt wissen zwischen der Autorität des Reichspräsidenten, der Autorität der Parteien und Fraktionen und bedauere, wenn diese Grenze irgendwie verwischt werde. Das hindere nicht, anzuerkennen, daß in dem Lauf der Entwicklung die Parteien mit ganz anderer Verantwortlichkeit belastet würden als früher. **Die Parteien müßten deshalb in sich den inneren Drang nach Sachlichkeit durchmachen,** der an sich jedem Menschen gegeben sei. Wir hätten ein Interesse daran, daß in dieser Zeit, in der kapitalistische Mächte einen viel größeren Einfluß haben als jemals früher, dieser Einfluß nicht zur Geltung komme in der Zusammensetzung des Reichstages. **Er halte es daher für richtig, daß das Reich weiter gehe als heute, daß es nicht nur den Stimmzettel an sich nehme, sondern daß es auch nach den Stimmenzahlen, die abgegeben würden, für die einzelnen Parteien auch einen Teil der Wahlkosten ersetze.**

Wenn dieses Instrument des **Reichstages mitregierend** sei, sei nach seiner Auffassung viel besser, **wenn das Reich den Parteien die Unabhängigkeit garantiere, um sie zu befähigen, für das Allgemeinwohl wirken zu können.** Es glaube, das sei eine große Gesundung des deutschen politischen Lebens, die sich hier entwickeln könnte. **Es dürfe nicht** sein, daß der Mann, der die Wahlkosten bezahlen könne, an die Stelle des Gelehrten gesetzt werde, der nicht mehr in der Lage dazu sei. Dies alles sei aber eine Frage von morgen.

Stresemann **bat sodann die Presse, für die Zeit des Wahlkampfes Distanz zu den Dingen zu bewahren. Eine Partei,** so fuhr der Redner fort, **könne Deutschland nicht glücklich machen. Ohne ein Zusammengehen der Parteien lasse sich in Deutschland nicht regieren, ohne Koalitionen sei keine Politik möglich. Man könne sich aber nicht zusammenfinden, wenn man sich vorher zerfleischt habe.**

In bezug auf das, was sachlich tatsächlich heute geschehen könne, sei man sich in wesentlichen Fragen der Außenpolitik einig. Ebenso sei es in bezug auf viele Fragen der Innenpolitik; nicht in allen. Es sei zu hoffen, daß diese Einigkeit und diese Sachlichkeit über die parteiliche Einstellung den Sieg davontrage, die da glaube, daß nur eine Partei das Gute für Deutschland bringen könne.

Eins möge bleiben, in der Hingabe an Reich und Vaterland, nämlich die Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten. Er, Stresemann, habe die Empfindung, daß drei Elemente in der Hingabe an Reich und Vaterland zusammenwirken, einmal der Gedanke, daß hier ein Leben voller Pflichttreue vor dem einzelnen liege, zweitens der Gedanke der unendlichen Würde, die von dem Leben der Persönlichkeit ausstrahlt, und drittens, daß der persönliche Reflex für ihn, Stresemann, immer der Gedanke sei, daß hierin die Zukunft unseres Reiches und Volkes liege, daß das Gute des Alten mit dem Guten des Neuen sich so vereinigen müsse, um ein Volk zusammenzuhalten, die in dieser Persönlichkeit konservativen Lebens und der Tradition das verbunden ist mit der Würde und Arbeit des Reichspräsidenten der deutschen Republik. Wenn diese Synthese unser Leben durchdringe, dann werde trotz Parteikampf und schwerer wirtschaftlicher Not schließlich eine Zukunft vor uns ausgebreitet liegen können, von Friede, Freiheit und Brot.

Das Kriegsschädenschlußgesetz angenommen.

Die Gefrierfleischvorlage vom Reichstag verabschiedet.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin. Im Reichstag wurde gestern die **Beratung des Kriegsschädenschlußgesetzes zu Ende geführt.**

Vor der Schlußabstimmung gab die Demokratische Fraktion die Erklärung ab, daß sie trotz schwerer Bedenken gegen die Vorlage ihr doch zustimmen werde, um eine schnelle Hilfeleistung zu ermöglichen. **Die Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Völkischen Gruppen angenommen,** dazu die **Ausschußentschließung,** in der die Regierung ersucht wird, bei einer Endregelung der deutschen Reparationslasten für eine **bessere Entschädigung der Liquidationsgeschädigten Sorge zu tragen.**

Ohne Aussprache wurde in zweiter und dritter Beratung **einer Abänderung der Verordnung über das Reichswirtschaftsgericht und des Besatzungsleistungsgesetzes zugestimmt.**

Die auf der Tagesordnung stehende erste Beratung der **Novelle zum Tabaksteuergesetz** wurde auf den Widerspruch des Abg. Fischbeck (Dem.) hin **von der Tagesordnung abgesetzt.** Abg. Fischbeck vertrat dabei die Auffassung, daß ein so wichtiges Gesetz vom jetzigen Reichstag außerhalb des festgelegten Arbeitsprogramms gar nicht mehr erledigt werden dürfe, während Präsident Löbe anderer Meinung war.

Dann kamen die **Vorlagen des Notprogramms** zur **zweiten Beratung,** die neben der **Einführung von Einfuhrscheinen für Schweinefleisch die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen vorsehen.**

Gegen die Herabsetzung und für die vollständige Aufrechterhaltung des bisherigen Kontingents sprachen die Redner der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Demokraten beantragten eine Herabsetzung auf 70 000 To.

Reichsernährungsminister Schiele legte noch einmal die Gründe für die Regierungsvorlage dar und bat um Ablehnung der Aenderungsanträge. Er kündigte an, daß möglichst bald eine Aenderung der autonomen Zollsätze für Gefrierfleisch erwogen werden solle.

In namentlicher Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Beibehaltung des vollen Kontingents mit 212 gegen 148 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, der demokratische Antrag mit 195 gegen 159 Stimmen bei sieben Enthaltungen abgelehnt. Die Regierungsvorlagen wurden in zweiter und dritter Beratung angenommen mit einer Ausschußentschließung, die die Regierung ersucht, beim Vorliegen eines Notstandes für ausreichende Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit zollfreiem Gefrierfleisch zu sorgen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, die um 14 Uhr beginnt, steht neben kleineren Vorlagen der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die **Ursachen des Zusammenbruchs.**

Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages

stellte nach eingehender Aussprache mit Bedauern fest, daß durch das Vorgehen des Rechnungshofes die Versorgungsämter, insbesondere in der Gewährung von Elternrente, nicht in der wohlwollenden Weise verfahren können, wie das vom Ausschuß und dem Reichstage verlangt wurde. Der Ausschuß stellte zugleich fest, daß durch das Vorgehen des Rechnungshofes die Versorgungsämter mit Arbeiten überlastet wären, die auch in finanzieller Hinsicht keineswegs gutgeheißen werden können.

Der Ausschuß bittet den Reichsarbeitsminister um Abstellung dieser Klagen.